

„Plumpe Stimmungsmache“



Göttinger FDP-Ratsfraktion fragt nach Ausländern, Ausreisepflicht und Abschiebungen und erntet Kritik

Von Lea Lang
19.09.2024, 00:00 Uhr

 Artikel anhören

Göttingen.

Die FDP-Ratsfraktion hat zur jüngsten Ratssitzung angefragt, wie viele ausländische Personen in Göttingen leben und wie viele davon „vollziehbar ausreisepflichtig“ sind. Außerdem wollte die Fraktion wissen, wie viele Abschiebungen innerhalb eines Jahres stattgefunden haben.

Die Begründung: „Nach der Messerattacke in Solingen und zuvor schon nach dem Messerangriff in Mannheim ist eine breite Debatte über Behördenversagen, Migrationsprobleme und Abschiebungen entbrannt“, steht in der Anfrage. Darin zitiert die Göttinger FDP Äußerungen des Bundestagsabgeordneten Konstantin Kuhle und des Generalsekretärs Bijan Djir-Sarai. Weitere Anhaltspunkte, aus welchem Grund die Göttinger Stadtverwaltung eine Auskunft über diese Zahlen geben sollte und was die Fraktion damit vorhat, gibt die Anfrage nicht her.

Kritiker wie das Hausprojekt OM10 sehen genau darin das Problem. Was die FDP mit den Antworten vorhabe, bleibe „bewusst unklar“ und „das ist der

Punkt, an dem die Anfrage zur Hetze wird“, heißt es in einer Stellungnahme der OM10. Sprecherin Lisa Klapproth sagt: „Wir sehen hier eine plumpe Stimmungsmache für die Legitimierung fortschreitender Entrechtung eines Teils der Bevölkerung, die elementare Grundrechte und auch das Recht auf Asyl infrage stellt.“ Mit der Anfrage stelle die FDP alle Menschen unter Generalverdacht, die keinen deutschen Pass besitzen.

„Uns ist es wichtig, uns hier zu verhalten“, betont Dominik Huber aus dem Hausprojekt. Denn: „Hier werden pauschal alle Menschen, die aus anderen Ländern kommen, zu Sündenböcken einer Integrationspolitik gemacht, die auf der einen Seite auch dieses Jahr eine interkulturelle Woche begeht und auf der anderen Seite den von der AfD angeführten rassistischen Diskurs vorantreibt.“

Die OM10 schlägt andere Fragen vor, beispielsweise die nach Streichungen in der Finanzierung von Deutschkursen, der Anzahl von Menschen in menschenunwürdigen Unterkünften oder wie oft Möglichkeiten der Arbeitsaufnahme verhindert würden.

Die Göttinger Grünen griffen die Pressemitteilung der OM10 auf und unterstützten deren Inhalt in einer Instagram-Story. Die Anfrage der FDP nach der Zahl der ausländischen Menschen, die in Göttingen leben, „zielt explizit darauf ab, dass von ihnen bisher nicht genügend abgeschoben wurden“, heißt es darin entsprechend der OM10-Äußerungen. Weiterhin bedauern die Grünen die Zeitverschwendung durch diese Anfrage an die Verwaltung. „Wo eine Person herkommt, macht sie nicht mehr oder weniger kriminell.“

Thomas Dabergott, der für die Grünen im Kreistag sitzt, kommentierte auf X unter einem Post des Göttinger FDP-Bundestagsabgeordneten Konstantin Kuhle: „Ich habe null Verständnis für eine pauschale Anfrage der FDP nach der Anzahl von ‚ausländischen‘ Menschen in Göttingen. Das ist einer offenen Universitätsstadt unwürdig. Es macht mir Angst, daran zu denken, was als Nächstes abgefragt wird, wenn es opportun erscheint.“

Die OM10 wiederum forderte in der Mitteilung alle anderen Parteien im Stadtrat auf, diese „Hetze, die so bisher vor allem von der AfD bekannt ist, nicht mitzutragen und die Anfrage zurückzuweisen“. Ein Einschreiten der Fraktionen war aber nicht möglich, die Antwort der Verwaltung folgte erst im Anschluss an die Ratssitzung über das Ratsinformationssystem.

**23.215 ausländische Personen in Göttingen,
679 mit Duldung**

Der Erste Stadtrat Christian Schmetz beantwortete dem Dokument nach die Anfrage. Zum Stand 27. August lebten demnach insgesamt 23.215 ausländische Personen in Göttingen, die bei der Ausländerbehörde gemeldet seien. Davon hätten 5805 Personen eine Niederlassungserlaubnis oder andere unbefristete Aufenthaltstitel, 11.838 Personen einen befristeten Aufenthaltstitel. 3987 ausländische Personen kämen aus der Europäischen Union. 906 Asylbewerber und 679 geduldete Personen vervollständigten die große Zahl. Zur Einordnung: In Göttingen wohnhaft sind derzeit etwa 134.000 Menschen, davon 30.000 Studierende.

Die Frage nach den „vollziehbar ausreisepflichtigen“ Personen könne statistisch nicht dargestellt werden, so Schmetz. „Da aber nur zur Ausreise verpflichtete Personen eine Duldung erhalten, kann davon ausgegangen werden, dass bis auf wenige Ausnahmen die 679 Geduldeten auch grundsätzlich zur Ausreise verpflichtet sind.“ Allerdings sei zu beachten, dass viele zur Ausreise verpflichtete Menschen nicht abgeschoben werden können, da dies rechtlich (im Herkunftsland droht beispielsweise Folter) oder tatsächlich (nicht reisefähig beispielsweise) nicht möglich sei. Innerhalb des vergangenen Jahres, also zwischen dem 1. September 2023 und dem 31. August 2024, wurden laut Schmetz neun Menschen abgeschoben. Was die Fraktion mit den Zahlen vorhat, bleibt unklar. In den vergangenen drei Monaten fiel die FDP-Ratsfraktion bereits mit ähnlichen Vorstößen auf. Im Juni forderten sie eine Bezahlkarte für Geflüchtete, um „die Anreize irregulärer Migration zu senken“. Im August beantragte die Fraktion, dass Asylbewerber zu Arbeit verpflichtet werden sollten – für 80 Cent pro Stunde.